

www.bds-info.ch

Kampagne Boykott israelischer Produkte

Medieninformation zum Start der nationalen Kampagne am 5. Februar 2011 in Bern

Wenn alles versagt, braucht es den Wink mit dem Zaunpfahl!

So die bekannte kanadisch-jüdische Friedensaktivistin Naomi Klein zum Boykott-Aufruf der Palästinensischen Zivilgesellschaft.

2004 erklärte der Internationale Gerichtshof in den Haag die Mauer in den besetzten Gebieten nach internationalem Recht als illegal. Trotzdem konnten sich weder die UN, noch die EU, das Nahostquartett, die Arabische Liga oder die Palästinensische Autonomiebehörde zu wirksamen Massnahmen entschliessen. Die Empörung und Frustration über diese Situation gab in der palästinensischen Zivilgesellschaft den Anstoss, nach neuen Wegen zu suchen, um endlich Gerechtigkeit erlangen.

Inspiriert von der südafrikanischen Boykottbewegung gegen das Apartheidregime riefen über 170 palästinensische Organisationen in den besetzten Gebieten, in Israel und in der Diaspora am 9. Juli 2005

- zum Boykott
- zum Desinvestieren und
- zu Sanktionen gegen Israel auf

Kurz: BDS

Dies, bis die drei Forderungen erfüllt sind:

- 1. Ende der seit 1967 andauernden militärischen Besetzung aller arabischer Gebiete,
- 2. Rechte der Flüchtlinge auf Rückkehr, gemäss der von der UNO ratifizierten Konvention.
- 3. Ende der Diskriminierung der palästinensischen BürgerInnen innerhalb von Israel.

Was beinhaltet BDS genau?

Einerseits den Konsumboykott, aber auch Boykott in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, wo öffentliche israelische Institutionen involviert sind: Kultur, Forschung, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Sport etc.

Zur Desinvestition, also zum Abzug von Investitionen werden Organisationen, Institutionen, Staaten aufgerufen, welche Gelder in israelischen und internationalen Firmen investiert haben, die von der Besetzung, dem Siedlungs- und Mauerbau und der israelischen Apartheid profitieren.

Die Organisation Who Profits (www.whoprofits.org) listet diese Firmen auf ihrer Homepage auf.

Die Sanktionen müssen selbstverständlich von Staaten und internationalen Organisationen verhängt werden. Sie richtet sich insofern auch an die politisch Verantwortlichen, die Menschenrechtsklauseln ernst zu nehmen, die in fast allen internationalen und bilateralen Verträgen vorkommen, und die Kooperation mit dem israelischen Staat in wirtschaftlicher, militärischer, wissenschaftlicher, kultureller Hinsicht einzustellen, bis Israel seinerseits seinen Verpflichtungen nachkommt.

Wie Sie wissen, hat sich die Situation für die Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten und in Israel selbst seit diesem Aufruf nicht verbessert, sondern erheblich verschlimmert. Die BDS-Bewegung hat also nichts von ihrer Aktualität verloren.

Insbesondere der brutale Angriff auf Gaza hat viele Menschen aufgerüttelt und zum Handeln motiviert.

Nebst den Aktionen im Rahmen des Konsumboykotts geniesst die Bewegung heute die Unterstützung von grossen Gewerkschaften in Südafrika, Grossbritannien, Kanada und von mehreren europäischen Ländern, darunter Frankreich und Italien. Namhafte westliche Kulturschaffende sprechen sich dafür aus. Und der norwegische Pensionskassenfond z.B. hat seine Investitionen aus der israelischen Waffenfirma Elbit zurückgezogen.

Einer der wohl wichtigste Gradmesser für die Bedeutung der Kampagne ist die Aussage des Exekutivdirektors der AIPAC, Howard Kohr, der an der jährlichen Orientierungskonferenz der AIPAC im letzten Mai zur BDS-Kampagne sagte: "Diese Kampagne ist nicht länger nur auf die extremen linken oder die extremen rechten politischen Kräfte beschränkt, sondern sie wird mehr und mehr von der grossen Öffentlichkeit in Amerika mitgetragen."

Und wie ist der Stand von BDS in der Schweiz?

Solidaritätsorganisationen und kirchliche Kreise sind in mehreren Schweizer Städten schon seit einigen Jahren aktiv im Bereich Warenboykott. Mit Flugblättern und anderen Aktionen rufen wir die Konsumentinnen und Konsumenten zum Verzicht auf israelische Waren auf. Dabei stellen wir immer wieder mit Freude fest, wie viele Menschen sich bei ihren Einkäufen schon ganz selbstverständlich an diesen Grundsatz halten und sie danken uns dafür, dass wir mit unserer Aufforderung an ein breiteres Publikum gelangen.

Sämtliche bisherigen Aufrufe an die Grossverteiler, ihre ethischen Grundsätze ernst zu nehmen und nicht mit einem Land Geschäfte zu betreiben, das systematische Völker- und Menschenrechtsverletzungen begeht, blieben hingegen ungehört. Beide argumentierten u.a. damit, sie wollten ihren Kundlnnen die Wahlfreiheit lassen.

Nun lancieren die lokalen Organisationen von Basel, Bern, Zürich, Neuenburg, Genf und der Waadt zusammen diese nationale Boykott-Kampagne.

Sie richtet sich an die Konsumentinnen und Konsumenten, ein Zeichen gegen die Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts, gegen die anhaltende Besatzung, die Vertreibung und die Apartheid in Israel und den besetzten Gebieten zu setzen.

Andererseits an die beiden Grossverteiler, keine Produkte aus Israel mehr zu führen, solange sich Israel weigert, das Völkerrecht und die Menschenrechte für PalästinenserInnen zu respektieren. Eine entsprechende Unterschriftensammlung beginnt heute.

Um den Boykott sichtbar zu machen, ist ein Plakat in Vorbereitung, auf dem Menschen – prominente und andere – porträtiert sind, die offen deklarieren: "Israelische Produkte? Kaufe ich nie!".

Die Internetseite, die laufend über israelische Produkte in Schweizer Geschäften informiert, ist im Aufbau. Im Lauf des Jahres sind zudem eine Kampagnenzeitung und Informationsblätter zu einzelnen Produkten und Problemen, die mit diesen verbunden sind (z.B. die Vertreibung der PalästinenserInnen aus dem Jordantal oder dem Negev, die Wasserproblematik etc.) geplant.

Was sagen wir Menschen, die sich über den Boykott israelischer Waren entrüsten, diesen sogar mit dem Nazi-Aufruf "Kauft nicht beim Juden" vergleichen?

In Wirklichkeit ist diese Sichtweise in sich selber antisemitisch! Sie betrachtet eine Kritik an Israel oder Aktionen gegen die von diesem Staat ausgehende Unterdrückung als Angriff auf die Juden, als ob alle Juden/Jüdinnen die Politik Israels gutheissen würden und als Kollektiv für dessen Handlungen verantwortlich wären.

Im Gegenteil lässt sich beobachten, dass mehr und mehr auch in vielen westlichen Ländern und selbst in Israel ein Netzwerk von jüdischen Gruppen entsteht, die sich der BDS Bewegung anschlies-

Die BDS-Bewegung ruft nicht zum Boykott von Israel auf, weil die meisten Israelis Juden/Jüdinnen sind, sondern weil Israel ein Kolonial- und Apartheidstaat ist. Die PalästinenserInnen würden das Gleiche tun, wenn es sich um Christen, Hindus oder Muslime handelte.

Denn, so Art Young, Mitglied in der Coalition Against Israeli Apartheid in Toronto:

Die Besatzung wird erst enden, wenn die Kosten dafür höher sind als der Gewinn für die israelische Gesellschaft.

Oder Neve Gordon, Professor an der Ben-Gurion Universität in Beersheba, Israel:

"Ich bin überzeugt, dass Druck von aussen die einzige Antwort ist (um den Apartheid-Staat zu been-Stadt geführt in welcher die Palästinenser keine Bürger sind, und es ihnen an Basis-Dienstleistungen fehlt. Die israelische Friedensbewegung ist geschrumpft und existiert heute kaum noch und die israelische Politik verschiebt sich mehr und mehr zur extremen Rechten.

Es ist mir deshalb klar, dass der einzige Weg, dem Apartheid-Trend in Israel zu begegnen, massiver internationaler Druck ist. Die Worte und Verurteilungen durch die Obama-Administration und die EU hat zu keinem Resultat geführt, nicht einmal zu einem Siedlungsstopp, und schon gar nicht zu einem Beschluss, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Ich habe mich deshalb entschieden, die BDS-Bewegung, welche die palästinensischen Aktivisten lanciert haben und die seither breite Zustimmung aus der ganzen Welt bekommt, zu unterstützen. Dies mit dem Ziel, dass Israel seinen Verpflichtungen gegenüber internationalem Recht nachkommt und die Palästinenser das Recht auf Selbstbestimmung erhalten."

Aber ist der Boykott schlussendlich nicht kontraproduktiv, weil er auch die PalästinenserInnen trifft?

Dazu Omar Barghouti, prominenter palästinensischer Vertreter der BDS-Bewegung:

"Darüber müssen die PalästinenserInnen selber entscheiden. Sie sind dankbar für die entgegen gebrachte Solidarität, aber sie sind reif genug, um zu entscheiden, was ihr wichtigstes Anliegen ist. Ja, der Boykott hat seinen Preis, aber die grosse Mehrheit der Gesellschaft ist bereit, diesen Preis zu bezahlen, um der israelischen Unterdrückung ein Ende zu setzen.

Die Boykott-Bewegung bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit, ihre Ablehnung gegenüber der menschenverachtenden Politik der israelischen Regierung auszudrücken, und trägt ihren Protest mit fantasievollen Aktionen in die Öffentlichkeit. Je breiter diese Bewegung wird, desto grösser wird der Druck auf die Politikerinnen und Politiker, die Gewerkschaften, Kirchen, Firmen, Kulturschaffenden, NGOs, Sportverbände, ihre Haltung zu hinterfragen, Stellung zu beziehen gegen Kolonisation, Vertreibung und Apartheid und vielleicht zur Einsicht zu gelangen, dass BDS eine moralische Pflicht ist."

Denn: Wir haben es gewusst!

Und ganz zum Schluss nochmals ein Zitat von Neve Gorden, der mit seiner Familie in Israel lebt:

"Nichts anderes hat gewirkt. Massiver international Druck auf Israel ist der einzige Weg, zu garantieren, dass die nächste Generation Israelis und Palästinenser – meine beiden Buben eingeschlossen – nicht in einem Apartheidregime aufwachsen."